

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2011 5.898,35 Punkte
30.06.2012 6.416,28 Punkte (+ 8,78%)



- ✓ Das Ansehen von Deutschland in der Welt ist besser als einschlägige Presseberichte vermuten. Hatten vor 10 Jahren nur 42% der Amerikaner ein positives Bild von Deutschland, so liegt dieser Wert aktuell bei 58% .
- ✓ Letztlich stimmten am 29.06. doch 80% der Abgeordneten des Deutschen Bundestages dem europäischen Fiskalpakt und dem Stabilisierungsmechanismus (ESM) zu. Die Politik ist sich ihrer Verantwortung bewußt. Im Streit der Meinungen liegt eine demokratische Kraft. Niemand hat Recht oder Unrecht. Ich bin der Meinung, dass die bisherige deutsche Haltung Europa weitergebracht hat. Dazu gehört auch das Eingehen von Kompromissen. Die Brüsseler Beschlüsse geben zwar keinen Anlass zur Euphorie, aber der eingeschlagene Weg erscheint richtig. Die Erleichterung ist spürbar – vor allen Dingen an den Kapitalmärkten. Sollten die begonnenen Strukturreformen in allen EU Ländern fortgeführt werden und das Bild von Einigkeit sich verfestigen können, dann stehen die Chancen auf eine Verbesserung der schwierigen Situation in Europa nicht schlecht.

- ✓ Studie der Weberbank Berlin: Zahlreiche DAX Unternehmen notieren unter ihrem Insolvenzwert. Mit anderen Worten: Der mutige Anleger findet erstklassige Investitionschancen.
- ✓ Dank des milden Winters fielen die Heizkosten um 18%. Das Konsumklima in Deutschland befindet sich weiterhin auf erstaunlich hohem Niveau. Die Inflationsrate ist mittlerweile wieder auf 1,7% gesunken.

- Nach dem besten Auftaktquartal seit 1998 verlief das 2. Quartal für den DAX enttäuschend. Insbesondere im Mai kam es zu einem kräftigen Rückgang der Kurse.
- Ein Auseinanderbrechen des Euroraumes hätte für deutsche Banken und Versicherungen kaum kalkulierbare Folgen. Sie sind substanzuell in Anleihen aus südeuropäischen Ländern wie Spanien und Italien investiert.
- Europa: Es ist und bleibt ein Spiel mit dem Feuer. In Umfragen befürworten 2/3 der Deutschen einen Austritt Griechenlands aus dem Euro. Es ist zu befürchten, dass für diesen Fall notwendige Solidaritätsbekundigungen an die Adressen von Spanien und Italien ausbleiben. Das Schicksal von Europa nähme dann seinen Lauf. Es gibt „Optimisten“, die behaupten, dies wäre langfristig das Beste. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dann eine Weltwirtschaftskrise noch zu vermeiden wäre. Die Finanzwirtschaft und die Staaten befinden sich bereits jetzt in einem kritischen Zustand.
- Beispiel: Eurohypo, eine Tochter der Commerzbank, kann nicht wie geplant verkauft werden. Die EU Kommission stimmt zu, dass zweifelhafte Forderungen des Instituts in Höhe von ca. 140 Mrd. Euro, in eine „Bad Bank“ überführt werden, für die die Bundesbürger haften. (Vergleich: Der Rettungsschirm für Griechenland beläuft sich auf 130 Mrd. Euro, von denen bisher die Hälfte ausgezahlt wurde.)
- Bürokratie Deutschland: 8500 Familienkassen zahlen Kindergelder aus. Der Verwaltungsaufwand beläuft sich auf 170 Mio. Euro im Jahr. Dieses System fördert nachweislich die mißbräuchliche Auszahlung von Geldern.
- Bürokratie Deutschland II: Selbst die FDP (!!) setzt sich für eine Benzinpreiskontrollbehörde in Deutschland ein.
- Bürokratie Deutschland III: Von 1800 KM geplanten neuen Stromleitungen konnten bisher nur 100 KM gebaut werden.
- Die Wirtschaftsforschung liefert nur wenig verlässliche Einschätzungen: Im April wurden die Wachstumsprognosen für Deutschland noch angehoben. Nur zwei Monate später werden sie zusammengestrichen.
- Wegen der schlechten Marktstimmung mußten die geplanten Börsengänge von Evonik und Thalinx abgesagt werden.

Deutsche Anleihen (REX P):

31.12.2011 423,06 Punkte
30.06.2012 431,56 Punkte (+ 2,00%)

- ✓ Dank hoher Steuereinnahmen und niedriger Zinsen bereitet die Haushaltsführung des Bundes keine Probleme.

- ✓ Spiegelbildlich zu den Befürchtungen, dass der Euroraum kurzfristig auseinanderbrechen könnte, sanken die Renditen für Deutsche Bundesanleihen. Die Zinsen in Spanien und Italien zogen wieder stark an, erreichten aber nicht die Ende 2012 verzeichneten Höchststände.
- ✓ Nachdem sich im Sommer 2011 ein „Haircut“ bei griechischen Anleihen abzeichnete (der im Januar 2012 vollzogen wurde), verschärfte sich die Eurokrise. Es kam zu einem „Run“ in deutsche Staatsanleihen. Die schon niedrigen Zinsen in Deutschland halbierten sich nochmals auf 1,25% p.a. für 10-jährige Bundesanleihen.



- Anleger, die „absolute“ Sicherheit suchen, zahlen einen absurd hohen Preis dafür. Sie verzichten auf Zinsen. Um 1% Zinsen auf Bundesanleihen (Staatsverschuldung 81% vom Bruttosozialprodukt) zu erhalten, bedarf es einer mindestens 7-jährigen Anlagedauer. Die Verhältnisse in den Hochschuldenländern USA (105%), Großbritannien (90%) und Japan (210%) sind ähnlich. In diesen Ländern fürchten die Anleger keinen Zahlungsausfall. Sie gehen davon aus, dass notfalls die Notenbanken Mittel zur Rückzahlung der Forderungen bereitstellen.
- Deutsche und Dänische Anleihen mit 2-jähriger Laufzeit verzeichneten im Juli Negativrenditen. Die Anleger zahlen an den Finanzminister eine „Verwahrgebühr“. Dies erscheint ziemlich absurd.

- In Anbetracht dieser Verhältnisse können Anlagen in „sicheren“ Staatsanleihen dem Anleger nur „sichere“ Verluste bringen. Allein die Kaufkraftverluste erscheinen beträchtlich.
- Noch ein Wort zu Tagesgeldangeboten wie zum Beispiel bei der in 2009 verstaatlichten Royal Bank of Scotland: Würde der Tagesgeldanleger eine Versicherung für den Fall einer Insolvenz des Institutes abschließen – diese gibt es unter „Profis“ tatsächlich - es sind die sogenannten Credit Default Swaps (CDS) - beläuft sich die Prämie auf über 4%. Dieser Aufwand ist weitaus höher als die aktuell offerierten Tagesgeldsätze. Unter diesen Voraussetzungen erscheint eine Verwahreinlage bei Herrn Schäuble unter Zahlung einer „Kontoführungsgebühr“ von 0,18% - dies sind die oben angesprochenen Negativzinsen - sogar noch attraktiv. Niedrig verzinsliche Tagesgelder von regionalen Sparkassen und Volksbanken sollten weiterhin bevorzugt werden.
- Noch ein Wort zur Einlagensicherung: Die privaten Sicherungseinrichtungen der Institutsgruppen dürften im Falle einer systemischen Krise rasch versagen. Etwas belastbarer erscheint die gesetzlichen Einlagensicherung in Höhe von Euro 100.000,- pro Kopf und Bank. Sie heißt zwar „gesetzlich“, aber es ist zu beachten, dass sich hieraus keine Rechtsansprüche ableiten lassen. Dies ist ein „freiwilliges“ Versprechen der Regierung. Empfehlenswert ist es, die Tagesgelder auf verschiedenen Banken unter Berücksichtigung der Obergrenze zu platzieren. Über ihren großzügig zu kalkulierenden Liquiditätsbedarf hinaus, empfiehlt sich eine möglichst breite und globale Streuung ihrer Anlagegelder unter Berücksichtigung verschiedener Währungen und Aktien.

Europäische Aktien (Euro Stoxx 50 Index)

31.12.2011 2.316,55 Punkte
30.06.2012 2.273,17 Punkte (- 1,87%)

- ✓ Der EU-Gipfel vom 28. und 29. Juni im Brüssel brachte eine nicht erwartete Einigung. Im Vorfeld hatte sich viel Streit ergeben. Italien und Spanien werden aus Mitteln des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unterstützt. Auch in Bedrängnis kommende Banken können sich beim ESM rekapitalisieren. Der ESM wird als Gläubiger nicht bevorzugt behandelt. Dies ist wichtig, um potenzielle Investoren nicht schlechter zu stellen. Viele Anleger wurden von diesem Ergebnis auf dem falschen Fuß erwischt. Der Euro und die Aktienkurse zogen stark an. Es könnte ein wichtiger Wendepunkt der sich im 3. Jahr befindlichen Europa-Krise sein. Der nun gefundene Kompromis ist das Ergebnis von langjährigen Verhandlungen, bei dem sowohl deutsche als auch gesamteuropäische Interessen Berücksichtigung fanden. Folgen nun politische und institutionelle Reformen (politische Union, Fiskalpakt und Strukturreformen) könnte der Rahmen für mehr Vertrauen in Europa gesetzt worden sein. Trotz aller wirtschaftlichen Probleme braucht sich Europa keinesfalls zu verstecken.

Sollten die Reformen greifen und gelingt es, die europäische Einigung voranzubringen, sind wir ein attraktiver Wirtschaftsraum.

- ✓ Die Präsidenten- und Nationalversammlungswahlen in Frankreich erbrachten ein eindeutiges Votum für die Politik von Hollande. Nach Mitterand ist Holland der zweite sozialistische Präsident der französischen Republik. Er und sein Kabinett verzichten auf 30% der Bezüge. In Betrieben, an denen der Staat mit mehr als 50% beteiligt ist – es handelt sich um eine recht hohe Anzahl – sollen die Gehälter der Spitzenmanager maximal das 20-fache der Durchschnittsgehälter ausmachen.
- ✓ Die Bürger Irlands stimmen mit großer Mehrheit dem Fiskalpakt zu. Italien nimmt eine Schuldenbremse in die Verfassung auf und verabschiedet eine Arbeitsmarktreform.
- ✓ Die Schweiz kauft massiv Euro und verkauft dafür Franken, um diesen zu schwächen. Es wird darüber nachgedacht, mit den Euro-Devisenreserven einen Staatsfonds zu gründen, der in europäische Aktien investieren kann.
- ✓ Reformfortschritte können aus Portugal und Irland vermeldet werden. In Irland sind die Immobilienpreise erstmalig nach 5 Jahren Preisrückgang wieder angezogen.
- ✓ In den kommenden Wochen wird es darauf ankommen, dass die Achse Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien steht.



- Europas Krise gleicht einem Teufelskreis. Die Ausweitung führt zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, sodass sich die Haushaltskrisen weiter verschärfen. Investoren halten sich zurück. In den Südländern räumen Bürger ihre Sparkonten.
- Bankenkrise Europa: Die EU bearbeitet zur Zeit 280 Beihilfeverfahren für europäische Banken.

- Die 48 größten europäischen Banken benötigen bis 2019 – die Frist wurde nach hinten verschoben – neues Eigenkapital in Höhe von 242 Mrd. Euro. Mindestens 5 Banken haben Schwierigkeiten einen Rekapitalisierungsplan vorzulegen.
- Barclays und andere europäische Banken (UBS, Deutsche Bank, HSBC) stehen in London unter Verdacht, im eigenen Interesse Zinsen manipuliert zu haben.
- Die Wahlen in Griechenland wurden zu einer Hängepartie. Sie mußten wiederholt werden. Erst dann stand eine halbwegs reformbereite Regierung. Die europäische Zukunft von Griechenland bleibt weiter offen.
- Ein potenziell möglicher Austritt Griechenlands aus der Währungsunion brachte Spanien und Italien zusätzlich unter Druck. In Spanien verschärfte sich die Bankenkrise. Nach langem Zögern stellte das Land den Antrag auf EU Unterstützung in Höhe von 100 Mrd. Euro.
- Mit Zypern mußte nun das fünfte europäische Land (Griechenland, Portugal, Irland und Spanien) unter dem europäischen Rettungsschirm Zuflucht suchen.

Der Euro versus USD

31.12.2011 1,2960 US\$ je Euro
30.06.2012 1,2666 US\$ je Euro (- 2,26%)

- ✓ Trotz aller Bedenken gegen den Euroraum verwundert es, dass bisher der Euro relativ stark geblieben ist. Es ist ein offenes Geheimnis, dass angelsächsische Investmentbanken gegen den Euro spekulieren. Bisher konnten sie nur Etappensiege verbuchen. Der langfristige Aufwärtstrend des Euro gegenüber dem USD ist immer noch intakt.
- ✓ Global bestehen Bedürfnisse, die Hegemonie des USD einzuschränken. Dies liegt auch im Interesse vieler Schwellenländer, insbesondere von China. International gibt es einen hohen Anlagebedarf, der liquide Währungsmärkte wie den Euro erfordert. Die Einführung des Euro war daher ein großer Fortschritt. Leider haben sich die meisten Euroländer von den anfänglichen Vorteilen dazu verleiten lassen, sich in den Erfolgen zu sonnen.
- Scheitert die europäische Integration, die eine politische und wirtschaftliche Einigung voraussetzt, werden Investoren Europa meiden. Ein schleichender Prozess der Euro-Abwertung könnte die Folge sein.
- Der Austritt eines einzelnen Landes wie Griechenland könnte die Eurozone unter Umständen stärken. Dies setzt jedoch voraus, dass Spanien und Italien im Verbund gehalten werden können. Andernfalls wäre ein ungeordneter Verfall der Eurozone zu befürchten, der alle Mitgliedsländer schädigt.

Die nationale Presse schürt Angst. Zum Beispiel Focus Money: „Bricht nach dem 06. Mai der Euro auseinander?“

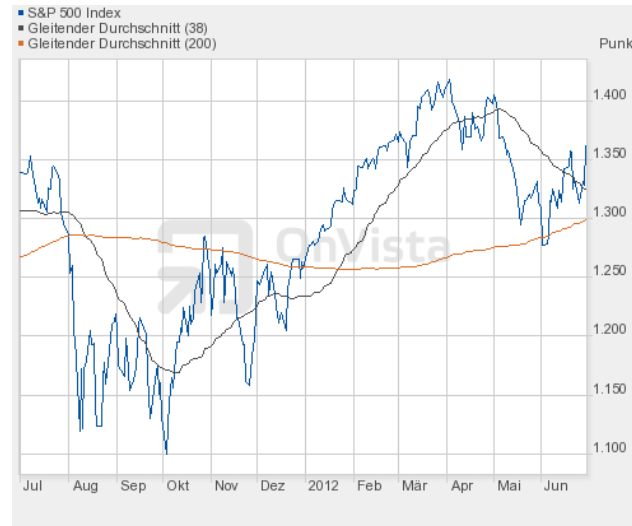


Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2011 1.257,60 Punkte
30.06.2012 1.362,41 Punkte (+ 8,33%)

- ✓ Mit der Sanierung der Banken sind die Amerikaner wesentlich besser zurecht gekommen als die Europäer, die mit einer Identitätskrise zu kämpfen haben. Verbleibende Problemfälle wie die Versicherung AIG kommen voran. Ein Ausstieg des Staates erscheint in 2012 noch möglich.
- ✓ Die Amerikaner haben kein engmaschiges Sozialsystem. Dafür ist die private Spendenbereitschaft viel höher als wie zum Beispiel in Deutschland. Amerikanische Bürger spenden pro Jahr 934 USD, Deutsche Bürger nur 52 USD.
- ✓ Im internationalen Vergleich haben sich US Aktien stabil gezeigt. Der Aufwärtstrend scheint intakt zu sein.
- ✓ Der vielbeachtete Case-Shiller Index, der die Entwicklung der Häuserpreise in den wichtigsten 20 Regionen des Landes widerspiegelt, konnte drei Monate in Folge steigen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen nimmt ab. Die niedrigen Zinsen ermöglichen günstige Umschuldungen und Finanzierungen von Käufen.
- ✓ Mit der Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung für alle US-Bürger konnte Präsident Obama ein wichtiges politisches Vorhaben umsetzen.

- ✓ Kommt der unerschütterliche Optimismus der Amerikaner zurück? Warren Buffett: „In Amerika gibt es keinen Mangel an Möglichkeiten!“
- ✓ Dass Verbrauchervertrauen der Amerikaner brauchte lange Zeit, um sich auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. Nun sind erste Fortschritte zu verzeichnen. Der mittelfristige Trend zeigt nach oben. Die US-Aktiensektoren Einzelhandel und Hausbau zeigen schon seit geraumer Zeit eine relative Stärke.



- Die hoffnungsvollen Nachrichten vom Arbeitsmarkt im 1. Quartal 2012 waren auf den milden Winter zurückzuführen. Dieser Trend konnte sich im 2. Quartal nicht fortsetzen. Der Zuwachs an neuen Stellen hat sich deutlich ermäßigt und sorgt für Sorgenfalten bei den Volkswirten und bei der amerikanischen Notenbank (FED).
- „Mit JP Morgan ruiniert auch noch der letzte Leuchtturm der Bankenbranche seinen Ruf“, schreibt die FAZ. Im Eigenhandel sind Spekulationsverluste angefallen, die zunächst mit 2,5 Mrd. USD angegeben wurden. Mittlerweile werden diese bis zu einer Höhe von 9 Mrd. USD vermutet. Die getroffenen Regulierungen, die Banken von ihrem spekulativen Tun abzuhalten, greifen offensichtlich nicht.
- Morgan Stanley, Goldman Sachs und JP Morgan spielten beim Börsengang von Facebook unrühmliche Rollen. Sie haben wohl einige institutionelle Anleger vor einem schlechteren Verlauf der Geschäfte gewarnt und die übrigen Anleger ins offene Messer laufen gelassen, die nun auf hohen Kursverlusten sitzen. Hohe Schadensersatzklagen und Reputationsverluste sind die Folge.
- Goldman Sachs bezeichnet in einem internen Schriftsatz eigene Kunden als „ahnungslose Muppets“.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2011 8.455,35 Punkte
30.06.2012 9.100,71 Punkte (+ 7,62%)

- ✓ Die Verbraucherstimmung hat sich seit Fukushima März 2011 stetig verbessert. Die Zuversicht liegt wieder auf dem Niveau der Vorkatastrophenzeit.
- ✓ Der als Übergangskandidat gehandelte Ministerpräsident Noda hat Erfolge vorzuweisen und genießt in der Bevölkerung ein zunehmendes Vertrauen. Ihm und seiner Regierung ist es gelungen, die Mehrwertsteuern von 5 auf 10% zu erhöhen.
- ✓ Die Arbeitslosenquote ist von 4,6 auf 4,4% gesunken.
- ✓ Die Bauwirtschaft berichtet von soliden Umsätzen. Die Anzahl der Neubauten steigt stetig an.



- Trotz einer Rekordverschuldung Japans, die über 200% des BIP beträgt, bleibt der Yen als Krisenwährung international gesucht. Dies hemmt die Chancen der japanischen Exportindustrie.
- Der Mythos von Unternehmen wie Sony und Panasonic scheint endgültig zu verblasen. Der Kurs von Sony ist auf das Niveau von 1983 gesunken. Es besteht wenig Hoffnung, dass die Firma nochmals eine Wende vollziehen kann.

Aktien Schwellenländer (MSCI Emerging Market Index)

31.12.2011 41.012,76 Punkte
30.06.2012 42.330,83 Punkte (+ 3,21%)

- ✓ China ergreift Konjunkturstabilisierungsmaßnahmen. Erstmals seit 2008 wurden die Leitzinsen gesenkt und Infrastrukturinvestitionen beschlossen.
- ✓ China möchte sich währungspolitisch vom USD emanzipieren und lockert sukzessive die Handelsbeschränkungen für die eigene Währung Renminbi.



- Argentinien und Bolivien verstaatlichen Energieunternehmen, die teilweise von dem spanischen Unternehmen Repsol kontrolliert wurden.
- Die Konjunkturerwartungen für China, Indien, Russland und Brasilien sind deutlich schlechter worden.
- Der wiedergewählte russische Präsident Putin schränkt Meinungsfreiheiten ein und verschärft das Demonstrationsrecht.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2011 1.564,51 USD je Feinunze
30.06.2012 1.599,40 USD je Feinunze (+2,23%)

- ✓ Die niedrigen Rohstoff- und Energiepreise führen zu einer Kostenentlastung von Verbrauchern und Unternehmen.
- ✓ Die Erdgas- und Öllager sind gut gefüllt.



- Die Preise von Rohstoffen korrelieren sehr stark mit den Konjunkturerwartungen. Insbesondere die nachlassende wirtschaftliche Expansion in China lastet auf den Preisen. Insbesondere bei Industriemetallen und Öl kam es in den letzten Monaten zu deutlichen Preisrückgängen.
- Gold zeigte sich noch relativ stabil, konnte aber den Aufwärtstrend nicht wieder aufnehmen. Da die Inflationsraten weltweit sinken, könnte der Goldpreis weiter unter Druck stehen.

Redaktion:

Michael Scheidgen

private finance e.K.

Stefan Andres Straße 23

56567 Neuwied

Telefon: 02631/953960

www.scheidgen-private-finance.de

michael.scheidgen@t-online.de

Trotz sorgfältiger Recherche übernimmt der Verfasser keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Sie geben seine persönliche Meinung wieder (Stand 30.06.2012).